

# AUTORITÄRE RAUMNAHME

Betrachtungen rechter Kontinuitäten und Dynamiken.



## Über im.feld

In seiner Reihe *im.feld* beleuchtet das *Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA)* gesamtgesellschaftliche Themenfelder und Fragestellungen. Basierend auf kontinuierlichen Feldbeobachtungen und regelmäßigem Monitoring werden Entwicklungen, Akteur:innen und Phänomenbereiche analysiert und eingeordnet. Die Beiträge des *JFDA* werden ergänzt durch Interviews mit Expert:innen oder Gastbeiträge. Hierdurch soll eine breite Öffentlichkeit für verschiedene Formen des Antisemitismus und der Demokratiefeindlichkeit sensibilisiert werden.

Die Ausgaben werden als PDF-Version auf der Website des *JFDA* zum Download zur Verfügung gestellt.



### Impressum

im.feld 3 – Autoritäre Raumnahme: Betrachtungen rechter Kontinuitäten und Dynamiken.

V.i.S.d.P.: Levi Salomon

Fotografie: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Autor:innen: Sebastian Beer, Tom Böhme, Helen Greiner

Titelbild: Oranienburg, 7. September 2023, „Zukunft für Deutschland!“

I. Auflage.

Herausgeber

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Postfach 12 05 30, 10595 Berlin

Telefon +49 (0)30 91 48 11 69

E-Mail [info@jfda.de](mailto:info@jfda.de)

Internet [www.jfda.de](http://www.jfda.de)

Gefördert durch das Land Berlin (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung) und die F. C. Flick Stiftung.

# INHALTSVERZEICHNIS

3	EINLEITUNG
7	AUTORITÄRE DYNAMIKEN IN OSTDEUTSCHLAND: EIN INTERVIEW MIT OLIVER DECKER
15	MOBILISIERUNG UND PROTESTGESCHEHEN IN BRANDENBURG, SACHSEN UND THÜRINGEN
26	FLUCHT UND MIGRATION: KERNTHEMEN RECHTER AGITATION
34	RECHTE GEWALT IN BRANDENBURG: EIN INTERVIEW MIT JOSCHKA FRÖSCHNER
39	SCHLUSSBEMERKUNG
42	LITERATURVERZEICHNIS



Oranienburg, 7. September 2023, „Zukunft für Deutschland!“

# EINLEITUNG

Bahide Arslan und ihre Enkelinnen, die 14-jährige Ayşe Yılmaz und die 10-jährige Yeliz Arslan, wurden am 23. November 1992 Opfer eines rassistischen Brandanschlags auf ihr Wohnhaus in Mölln. Die beiden Täter, zwei Neonazis, hatten zuvor bereits Molotowcocktails auf ein Haus nur wenige Straßen entfernt geworfen, das, wie im Falle der Familie Arslan, von türkischstämmigen Familien bewohnt wurde.

Insgesamt kamen in dieser Nacht in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt drei Menschen ums Leben. Neun weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Die Tat reiht sich ein in eine Vielzahl rechter und rassistischer Angriffe und Anschläge. Allein im Zeitraum zwischen Januar und November 1992 kam es zu 1.600 rechtsterroristischen Gewalttaten, darunter 500 Brand- und Sprengstoffanschläge mit insgesamt bis zu 800 Verletzten und elf Toten (vgl. Pfahl-Traughber 1993: 247). Auch andernorts, in Städten wie Hoyerswerda, Rostock oder Solingen, ereigneten sich zu Beginn der 1990er-Jahre rassistische Anschläge und Pogrome. Die Namen der Städte stehen seitdem sinnbildlich für

rechte Gewalt in Deutschland zum Ende des letzten Jahrhunderts.

Gleichwohl lassen sich rassistische, aber auch antisemitische Angriffe nicht auf einen einzelnen Zeitraum oder bestimmte Regionen begrenzen. Seit Jahrzehnten zeigen sich deutschlandweit Kontinuitäten rechter Gewalt und neonazistischer Aktivitäten, schon lange vor dem Fall der Berliner Mauer und den Wendejahren. Ein markantes Beispiel ist die antisemitische Schmierwelle 1959 und 1960. An den Weihnachtstagen 1959 hatten zwei Personen „Deutsche fordern: Juden raus“ mit Farbe an die Außenmauer der Kölner Synagoge geschmiert. Die Tat fand zahlreiche Nachahmer:innen. Allein in Westdeutschland registrierten die Behörden in den Folgemonaten fast 500 vergleichbare Vorfälle. In den Jahren danach fanden sich Neonazis zunehmend in militanten Gruppen zusammen. Während der 1970er- und 1980er-Jahre verantworteten Mitglieder der *Wehrsportgruppe Hoffmann* zahlreiche, zum Teil tödliche Anschläge. Dazu zählen das Münchner Oktoberfestattentat oder der Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen. Und auch nach

der Jahrtausendwende setzte sich die Geschichte rechter Gewalt fort. Der sogenannte *Nationalsozialistische Untergrund (NSU)* und sein Umfeld ermordeten zwischen 2000 und 2007 neun Menschen mit Migrationsgeschichte und eine Polizistin. Erst Jahre später enttarnten sich die Terrorist:innen selbst. Zuvor hatte es zahlreiche Versagen aufseiten der Behörden und rassistische Schuldzuweisungen gegenüber den Familien der Angehörigen gegeben. Eine umfassende Aufarbeitung der Versäumnisse ist bis heute nicht geschehen. In den Jahren 2014 und 2015 formierte sich eine Protestbewegung, bei der sich zu Hochzeiten mehr als 20.000 Menschen

auf den Straßen Dresdens zu *PEGIDA*-Demonstrationen versammelten und rassistischen Reden zujubelten. Im selben Zeitraum häuften sich Angriffe auf Geflüchtete in Städten wie Freital oder Heidenau. 2019 und 2020 kam es innerhalb weniger Monate zu verheerenden antisemitischen und rassistischen Anschlägen in Halle und in Hanau, denen zahlreiche Menschen zum Opfer fielen.

Auch heute, 31 Jahre nach dem Tod von Bahide Arslan, Ayşe Yılmaz und Yeliz Arslan, sind Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt für viele Menschen in Deutschland noch immer Alltag. Der

Zehdenick, 14. Juli 2023, „Weitere Asylunterkünfte in Zehdenick? Nein, Danke!“



Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. bilanzierte in seinem Jahresbericht für das Jahr 2022 deutschlandweit einen Anstieg von mehr als 15 Prozent bei rechten Gewalttaten (vgl. [VBRG 2023](#)). Das Bundesinnenministerium registrierte für dasselbe Jahr 121 Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte und somit einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren (vgl. [Tagesschau 2023](#)). Dieser Trend setzt sich 2023 fort und macht sich an vielen Orten in Deutschland an einer hohen Anzahl rassistischer Proteste bemerkbar. Unter Mottos wie „Nein zum Asylantenheim!“ demonstrieren fast täglich Menschen gegen geplante oder bestehende Unterkünfte.

Dabei kommt der *Alternative für Deutschland (AfD)* in vielen Fällen eine zentrale Rolle zu. Der Partei gelingt es besser als Parteien vor ihr, das vorhandene Potenzial autoritärer Einstellung für sich zu nutzen. Zehn Jahre nach ihrer Gründung befindet sie sich auf einem Umfragehoch und feiert bundesweit Wahlerfolge. Im Juni wurde im thüringischen Sonneberg der erste Landrat der Partei gewählt. Wenige Wochen später folgte im sachsen-anhaltinischen Raguhn-Jeßnitz der erste hauptamtliche Bürgermeister. Bei den Landtagswahlen in Hessen und in Bayern erreichte man im Oktober mit 18,4 und 14,6 Prozent den zweiten beziehungsweise dritten Platz.

Aufseiten der etablierten Parteien besteht angesichts dessen weitestgehend Ratlosigkeit.

Im September 2024 wird auch in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewählt. Die *AfD* ist dort, weniger als ein Jahr vor den Landtagswahlen, in Umfragen die deutlich stärkste Partei. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Trotz zahlreicher rechtsextremer Akteur:innen in den eigenen Reihen und zwei Landesverbänden, die als gesichert rechtsextrem eingestuft sind, gelingt es der Partei vielerorts, Anschluss in bürgerlichen Strukturen zu finden oder sich selbst ein angeblich bürgerliches Image zu verleihen. Immer wieder zeigt sich, dass die völkisch-nationalistische Ideologie vieler Parteivertreter:innen nicht nur an vermeintlichen Rändern der Gesellschaft Anklang findet. Rassismus und Antisemitismus sind kein alleiniges Phänomen von „Extremen“, sondern tief in allen Bevölkerungsteilen verankert.

All diesen Aspekten widmen wir uns in der dritten und letzten Ausgabe unserer Reihe *im.feld*. Für einige der Beiträge führten wir Interviews und Gespräche mit Experten für verschiedene Bereiche des Rechtsextremismus. Mit Prof. Dr. phil. Oliver Decker vom *Else-Frenkel-Brunswik-Institut* haben wir in einem Interview über Merkmale rechtsextremer Einstellung, den Einfluss der Wende- und Transformationszeit auf diese und die Rolle der *AfD* ge-

sprochen. Im zweiten Beitrag beleuchten wir autoritäre Protestdynamiken in den drei Bundesländern, in denen nächstes Jahr Landtagswahlen stattfinden. Hierfür haben wir Gespräche mit Dr. Christoph Schulze vom *Moses Mendelssohn Zentrum*, Marco Henning und Johannes Richter vom *Kulturbüro Sachsen* sowie Christoph Lamert von der *Mobilen Beratung in Thüringen* geführt. Der daran anschließende Beitrag befasst sich mit rassistischer Agitation bei Protesten gegen Geflüchtetenunterkünfte und zum Abschluss folgt ein Interview mit Joschka Fröschner von der Beratungsstelle *Opferperspektive*. Er berichtet über aktuelle Erscheinungsformen rechter Gewalt in Brandenburg und die Konsequenzen, die für Betroffene damit einhergehen. Bei allen unseren Gesprächspartnern bedanken wir uns herzlich für den Austausch und ihre wichtige Arbeit. Denn diese ist auch 31 Jahre nach dem Brandanschlag von Mölln unverzichtbar.

# AUTORITÄRE DYNAMIKEN IN OSTDEUTSCHLAND: EIN INTERVIEW MIT OLIVER DECKER

Seit 2002 führt eine Forschungsgruppe unter der Leitung der Sozialpsychologen Prof. Dr. phil. Oliver Decker und Prof. Dr. Elmar Brähler an der *Universität Leipzig* repräsentative Untersuchungen zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland durch. Die Ergebnisse werden alle zwei Jahre in den *Leipziger Autoritarismus Studien (LAS)* veröffentlicht, bekannt wurden sie als Leipziger „Mitte“-Studien. Aufgrund des geringeren Bevölkerungsanteils der ostdeutschen Bundesländer fällt die Stichprobe in den *LAS* für diese Regionen zu klein aus, um getrennte Aussagen für jedes einzelne Bundesland zu treffen. Das im Juni 2023 erschienene *Policy Paper – Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie (Decker/Kiess/Brähler 2023)* des *Else-Frenkel-Brunswik-Instituts* schließt diese Lücke. Decker, Brähler und Dr. Johannes Kiess führten hierfür gemeinsam mit Wissenschaftler:innen der *Friedrich-Schiller-Universität Jena* und der *Johannes Gutenberg-Universität Mainz* im Jahr 2022 eine bevölkerungsrepräsentative Studie in den fünf ostdeutschen Bundesländern durch. Bei der Erhebung wurden Einflussfaktoren wie die ostdeutsche Identität, Erfahrungen während der Transformation

und die Bewertung der DDR berücksichtigt. Helen Greiner und Sebastian Beer sprachen mit Oliver Decker über autoritäre Dynamiken, die spezielle Wende- und Osterfahrung sowie den Einfluss der *AfD*.

**JFDA:** Herr Decker, zu Beginn die grundlegende Frage an Sie: Was zeichnet rechtsextreme Ideologie aus?

**Oliver Decker:** Rechtsextreme Ideologie ist in sich nicht kohärent, wodurch sie sich einer eindeutigen Definition entzieht. Trotzdem lassen sich zentrale Elemente herausstellen. Dazu gehören Antisemitismus, Chauvinismus beziehungsweise Nationalismus und Sozialdarwinismus, also die Idee von wertem und unwertem Leben. Hinzu kommen Ressentiments gegen Migranten und die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur. Gerade in Deutschland ist die Relativierung des Nationalsozialismus zudem ein klassisches Element. Besser als mit einer Definition bekommt man diese Ideologie wahrscheinlich zu fassen, betrachtet man sie aus einer sozialpsychologischen Perspektive, denn sie erfüllt eine psychische Funktion, indem sie Wut, Aggression und die Anwendung von Gewalt legitimiert. In den letzten Jah-

ren wurden, vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Liberalisierung der Gesellschaft, Emanzipationsbewegungen als Objekte des Hasses stärker in den Blick genommen. Antifeminismus zum Beispiel spielt daher momentan eine bedeutende politische Rolle als Verbindungselement zwischen verschiedenen anti-modernen politischen Milieus.

*Welche Dimensionen rechtsextremer Ideologie sind in Ostdeutschland am stärksten ausgeprägt?*

In Ostdeutschland sind das Ressentiment gegen Migranten und der Chauvinismus sehr verbreitet. Sozialpsychologisch könnte man vereinfacht sagen, dass damit die Abwertung des vermeintlich Anderen und die Aufwertung des Eigenen gemeint sind. Seit Jahren verzeichnen auch muslimfeindliche Ansichten eine hohe Zustimmung, Muslime sind zu der Chiffre für ‚Fremdheit‘ schlechthin geworden. Diese Wechsel der Motive verdeutlichen, warum eine eindeutige Definition unmöglich ist. Allerdings ist eines offensichtlich: Antisemitismus war und ist ein integraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie. Das zeigt sich auch in hohen Zustimmungswerten in Ostdeutschland, obwohl Antisemitismus dort momentan nicht ganz so ausgeprägt ist wie Ausländer- oder Muslimfeindlichkeit.

*Sie haben gerade die sozialpsychologische Funktion von rechtsextremer Ideologie ange-*

*sprochen. Welche weiteren Faktoren bedingen die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen?*

Auf einen Nenner lassen sich die Entstehungs- und Bedingungsfaktoren solcher Ressentiments nicht bringen. Fest steht, autoritäre Tendenzen sind zwar eine individuelle Reaktion, aber gerade, wenn sie in Massen auftreten, versteht man sofort, dass sie durch die Gesellschaft hervorgebracht werden. In Regionen mit schlechten Lebensbedingungen sind rechtsextreme Ideologiefragmente häufiger vertreten, was nicht nur in Ostdeutschland der Fall ist. Das ist aber nicht der einzige Grund, die autoritären Wünsche der Einzelnen zum Anlass zu nehmen, die autoritäre Dynamik der Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Wenn die allgemeine ökonomische Entwicklung, wie Studien zeigen, in den europäischen Gesellschaften fast immer zum Ansteigen der Ressentiments führt, aber so gut wie nie zu einer emanzipativen Politik, dann lohnt sich ein Blick in die gesellschaftliche und historische Tiefe des Problems. Weitaus wichtiger als die individuelle ökonomische Lage sind aus meiner Perspektive sozialisatorische Faktoren.

*Wie hat die spezielle Geschichte und Erfahrung in Ostdeutschland autoritäre Dynamiken beeinflusst?*

In Ostdeutschland zeigt sich eine besondere Situation, die durch die DDR und anschließende Wende- und Transformationserfahrung mit ausgelöst worden ist.



Gera, 17. Juni 2023, „Niederschlagung des Volksaufstandes vor 70 Jahren!“

Auch wenn sich autoritäre Traditionslinien in der DDR besser gehalten haben als in Westdeutschland, man kann mehr als 30 Jahre nach der Wende nicht einfach sagen: Seht her, es liegt an der DDR. In dieser Reaktion steckt ein Teil des Problems. Die Erfahrungen nach dem Mauerfall haben die autoritäre Dynamik verstärkt, nicht beseitigt. In den ostdeutschen Bundesländern blieb nach der Wende kein Stein mehr auf dem anderen. Der kulturelle Referenzrahmen, der eine gewisse Stabilität bietet, wurde ausgehöhlt und ganze Lebensentwürfe entwertet. Dies wurde wahrscheinlich nicht zuletzt durch ein tief sitzendes Ressentiment von vielen Westdeutschen

gegen die DDR befeuert. Wir dürfen nicht vergessen, mit welcher Abwertung schon bis zum Mauerfall über die ‚Zone‘ gesprochen wurde: Sie war das sichtbare Zeichen dafür, dass der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg erstens stattgefunden hat und zweitens verloren worden ist. Nach dem Mauerfall prägte auch dies den Umgang mit den neuen Bundesländern: Es gab dort aus westdeutscher Sicht nichts, was Bestand haben sollte, weil alles indirekt an die tief sitzende Scham und Schuld erinnerte. Der Abriss des Palastes der Republik und der Aufbau des Stadtschlösses in Berlin kann als Beispiel für meine Überlegung dienen. Was dann aus meiner

Sicht zu einer klassisch autoritären Dynamik geführt hat, kann man wiederum mit der Schilderung meines Leipziger Kollegen Dirk Oschmann in seinem Buch *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung* illustrieren. Er beschreibt eher en passant, wie viele Bürger in Ostdeutschland nach dem Fall der Mauer die Abwertung ihrer bisherigen Lebensweise bejaht haben, wie selbst kritische Geister ausgerechnet in den westdeutschen Vertretern ihre Interessensvertreter sahen, die an der DDR kein gutes Haar lassen wollten. Ich glaube, man kann diese Identifikation mit dem Aggressor am besten als autoritäre Dynamik verstehen. Die Teilhabe an der Macht und Größe der Bundesrepublik war so vielversprechend, möglicherweise auch die unbewussten Scham- und Schuldkonflikte auch im Osten so stark, dass viele Bürger im Osten ihre eigene Entwertung bejahten. Dann wäre verständlich, woher die Ressentiments heute stammen: Es sind die Verrechnungskosten, eine autoritäre Reaktion, die den projektiven Wahn auf ‚Schwache‘, ‚Abweichende‘ oder ‚Fremde‘ hervorbringt. Diese Dynamik dauert bis heute an.

*Welche Hoffnungen verknüpfte man mit dem Fall der Mauer?*

Es wurde die Einführung der Marktwirtschaft aktiv herbeigesehnt, da sie ökonomische Prosperität versprach. Was nicht kam, waren Errungenschaften, die in Westdeutschland einen Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmern und -gebern er-

möglichen. Es wurde in der BRD Repräsentation und Teilhabe in Betrieben über lange Zeit erkämpft. In Ostdeutschland sind sie auch heute noch die Ausnahme, nicht die Regel. Das gilt auch für tarifvertragliche Bindung. Der Freistaat Sachsen ist bis heute als Niedriglohnsektor innerhalb der Bundesrepublik zu betrachten. Ausgerechnet an Orten, an denen Menschen viel Lebenszeit verbringen, wird ihnen demokratische Teilhabe und Anerkennung verweigert. Weil in der DDR alte Bilder von einer Schicksalsgemeinschaft des Betriebs sehr lange konserviert wurden, hat ausgerechnet die neoliberale Ökonomie von diesen alten Vorstellungen profitiert. Dass dann auch vor dem Werkstor die Idee eines homogenen Volkes als Schicksalsgemeinschaft so naheliegend ist, kann auch nicht verwundern. In Ost und West hält die Identifikation mit der Ökonomie, einer starken Wirtschaftsnation, viele Splitter autoritärer und antidemokratischer Ideologien am Leben. Und eins ist auch klar: Wenn dieses idealisierte Objekt ‚starke deutsche Wirtschaft‘ in Krisensituationen Schwäche zeigt, dann ist das Ressentiment, die Wut auf die Anderen, besonders stark. Die Kränkung ist groß, wenn die Autorität plötzlich schwach ist.

*Ihr Mitherausgeber des Policy Papers, Elmar Brähler, machte in einem Interview mit der Berliner Zeitung ([Beer/Hollersen 2023](#)) deutlich, dass die DDR-Vergangenheit nicht der maßgebliche Faktor in der Entstehung rechtsextremer Einstellung ist. Gleichwohl fällt*

*auf, dass vonseiten rechter Agitatoren, wie beispielsweise von Björn Höcke am 17. Juni 2023 in Gera (JFDA 2023), genau an diese DDR-Vergangenheit appelliert wird.*

Natürlich. Der Appell an diese Identität ergibt sich ja aus der bisherigen Analyse. Sie soll den eigenen Protest legitimieren, ohne die Verwicklung in die eigene Unterwerfung anerkennen zu müssen. Trauer und vielleicht auch Scham wären eigentlich eine Reaktion, wenn der Blick zurück geht. Aber Wut und Aggression sind besser auszuhalten, als das Erleben von Ohnmacht. Und Höcke knüpft an die Erfahrung an, dass es möglich ist, einen Staat zu beseitigen oder zumindest grundlegend zu verändern. Das ist etwas, was für den Diskursraum, in dem sich Höcke und die extreme Rechte bewegen, sehr funktional ist. Der Appell an die DDR-Erfahrung stellt Veränderungen im Sinne einer ressentimentgeladenen Politik in Aussicht anstatt der vielleicht schmerzhaften Auseinandersetzung und gemeinsamen Erinnerungsarbeit. Das bedeutet jedoch nicht, dass die DDR-Erfahrung das ist, was die Leute in den Rechtsextremismus treibt. Rechtsextreme instrumentalisieren sie vielmehr, um ihre eigenen Ziele zu erreichen.

*Offenbar mit Erfolg. Umfrageergebnisse und Wahlen deuten darauf hin, dass es der AfD besser gelingt als anderen Parteien vor ihr, das rechte Wählerpotenzial an sich zu binden. Wie erklären Sie das?*

Hier kommen verschiedene Faktoren ins Spiel. Im Vergleich zur NPD [Nationaldemokratische Partei Deutschlands; seit 2023 Die Heimat, Anm. d. Red.], die zeitweise in den ostdeutschen Bundesländern Erfolge verzeichnen konnte, sowie zur DVU [Deutsche Volksunion, Anm. d. Red.], die lange Zeit mit Abgeordneten in den Landtagen vertreten war, gelingt es der AfD besser, eine Verbindung zwischen einer aktivistischen, organisierten Neonaziszene und dem bürgerlichen Milieu herzustellen. Hinzu kommt ein Momentum, auf das Parteien keinen Einfluss haben. Die AfD profitiert von dem, was sie eigentlich bekämpfen will: der Migrationsbewegung nach Europa, die 2015/16 begonnen hat. Dass dies nicht nur zu temporären Wahlerfolgen beiträgt, sondern in eine dauerhafte Politik umgesetzt werden konnte, ist durch zwei Faktoren erklärbar: die Schwächung der Linken einerseits und eine AfD, der es gelungen ist, mit regressiver Politik Handlungsfähigkeit zu demonstrieren andererseits. Ihre Angebote können, wie oben gezeigt, an alte autoritäre Bilder anknüpfen, die auch unter aktuellen neoliberalen Bedingungen sehr nahe liegen. Zudem verfügt ein beträchtlicher Teil der Funktions- und Amtsträger der AfD über eine gute Ausbildung und Erfahrung in Ministerien, Verwaltungsbereichen, Militär und Bundeswehr. Einige hatten auch bereits Funktionen in konservativen Parteien inne. Die politische Linke ist im selben Zeitraum sehr diffundiert. Am deutlichsten ist das bei der Partei Die Linke zu sehen. Sie trat lange Zeit



Zehdenick, 14. Juli 2023, „Weitere Asylunterkünfte in Zehdenick? Nein, Danke!“

in kleineren Gemeinden als Kümmerer vor Ort auf, sie hat diese Klientel faktisch aufgegeben und sieht sich einer ‚woken‘ Stadtlinken näher. Die Rolle der Kümmerer hat die AfD größtenteils übernommen.

*Immer wieder nutzen Vertreter:innen demokratischer Parteien, wie zum Beispiel Friedrich Merz – Stichwort Sozialtourismus – rechtspopulistisches Vokabular. Kann dies eine erfolgreiche Strategie für konservative Parteien sein, das rechtsextreme Potenzial für sich zu nutzen?*

Das antiemanzipative konservative Vokabular, das Friedrich Merz verwendet, war lange Zeit Teil des Repertoires der CDU.

Es spielte in ihrer Wahlkampfstrategie eine Rolle und stieß schon in den 1980ern im Westen und seit den 1990ern in Gesamtdeutschland in der Bevölkerung auf den ja schon angesprochenen historischen und autoritären Echoraum. Die Forderung des AfD-Vorsitzenden Tino Chrupalla nach mehr Geburten anstelle von Zuwanderung beispielsweise erinnert stark an die Aussage „Kinder statt Inder“ des ehemaligen NRW-Ministerpräsidenten der CDU, Jürgen Rüttgers, aus dem Jahr 2000. Die AfD hat auf ressentimentgeladene Äußerungen also kein Copyright. Bedient werden Ressentiments, die in allen Bevölkerungsgruppen verbreitet sind und damit weiter befördert werden. Das sollte man sich im-

mer wieder vor Augen führen. Trotzdem hat sich in den letzten Jahren auch innerhalb der CDU eine Veränderung vollzogen, was die Aussage der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Deutschland sei ein Einwanderungsland, deutlich zeigt. Sie hob sich von der Regierungserklärung ihres Vorgängers Helmut Kohl ab, der 1989 kontrafaktisch sagte: „Wir sind kein Einwanderungsland“ und zu Anfang der 1980er-Jahre die Forderung nach Rückführung von ‚Gastarbeitern‘ in die Türkei forderte. Allerdings hat das Aufkommen der AfD auch die CDU nachhaltig verändert: Sie hat heute eine andere Parteistruktur und Wählerschaft. Friedrich Merz schreckt diese eher ab, als dass er neue Personengruppen an sich bindet.

*Eine ähnliche Bilanz ziehen Sie in Ihrem Policy Paper hinsichtlich gesellschaftlicher Debatten über antidemokratische Ressentiments. Ihren Ergebnissen zufolge haben diese keinen Effekt auf rechtsextreme Einstellungen. Welche politischen Implikationen ergeben sich daraus?*

Die Frage ist, wie hoch die Erwartung war, dass die Stärkung der Demokratie durch staatliche Maßnahmen tatsächlich Einfluss auf Einstellungen haben könnten. Im Grunde wird mit dem Begriff der Zivilgesellschaft auf eine Konzeption von Antonio Gramsci verwiesen. Allerdings verband Gramsci mit diesem Begriff nicht die Hoffnung auf eine Einstellungsveränderung einzelner Menschen, vielmehr wollte er beschreiben, wie in einem Staat gesell-

schaftliche Hegemonie gesichert wird. Er verband seine Analyse mit einer Kritik der Rolle, die Zivilgesellschaft dabei einnehmen kann. Das Ziel, vor Ort Menschen zu stärken, die sich eine gewisse Pluralität im Leben wünschen, wurde beispielsweise durch Demokratieförderprojekte erreicht. Ein Erfolg! An diesem Ziel muss weiterhin festgehalten werden, da in einigen Regionen die antidemokratische und ressentimentgeladene Übermacht sonst zu stark wird. Allerdings darf man sich weder vormachen, dass dies einen Einfluss auf die Einstellungen hat, da diese stark von sozialisatorischen Faktoren und Lebensbedingungen geprägt sind und nicht von Debatten. Noch sollte man überhaupt zu stark auf die Einstellung schielen. Die Verbreitung antidemokratischer Ressentiments in der Bevölkerung war für uns immer ein Mittel zur Kritik der Gesellschaft und der Lebensbedingungen, nicht der Menschen, die sie teilen. Eine Zivilgesellschaft, die diese Gesellschaftskritik aus dem Blick verliert, verliert gleichzeitig an Glaubwürdigkeit.

*Was bedeutet dies für den Kampf gegen Rechtsextremismus?*

Es muss verstanden werden, unter welchen Bedingungen die Wünsche nach Gruppenidentität aufkommen – zur Sicherung des Selbstwerts und zur Legitimation der Aggressionen. Davon sind auch Linke oder demokratische Gruppen alles andere als frei. Wie auch? Auch auf ihnen lastet

derselbe gesellschaftliche Druck. Die Stärkung von Demokratieprojekten erfolgt in einem Umfeld, das auf simuliertem Wettbewerb basiert, für alte Probleme müssen selbst bei bewährten Projekten immer wieder ‚innovative‘ Ansätze gefunden werden. Bedauerlicherweise wird gerade von diesen nicht selten gesellschaftskritischen zivilgesellschaftlichen Gruppen versäumt, die Bedingungen zu reflektieren und die gesellschaftlichen Widersprüche zu benennen, unter denen sie selbst arbeiten. So geht nicht nur das gesellschaftskritische Potenzial verloren, sondern auch die Glaubwürdigkeit. Es muss darüber nachgedacht werden, welche Lebensbedingungen verändert werden müssen. Ein Ausbau des Bildungsangebots und ein initiiertes Sprachwandel werden keine tiefgreifende demokratische Veränderung bewirken können. Fakt ist doch, dass ausgerechnet

diese im Grunde flexibilisierten Arbeitsbedingungen und die Beschleunigung, die in den letzten zwei Jahrzehnten stattgefunden haben, in einem akademischen Umfeld als Freiheiten wahrgenommen werden, die zivilgesellschaftlich trotz und paradoxerweise auch wegen ihrer Projektstruktur als alternative Nische erlebt werden. Die durch die Liberalisierungsprozesse aber auch ausgelösten Unsicherheiten führen selbst in diesem Umfeld zum Bedürfnis nach festen Strukturen und Identitäten. Das ist keine Perspektive für Aufklärung. Wir müssen die Frage stellen, unter welchen Bedingungen eine ökonomische und soziale Sicherheit entwickelt werden kann, die es den Menschen ermöglicht, frei mit anderen zu interagieren, ohne das Bedürfnis nach vermeintlicher autoritärer Sicherheit zu haben.

#### Zum Interviewpartner:

Prof. Dr. phil. Oliver Decker ist Direktor des *Else-Frenkel-Brunswik-Instituts* und des *Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung* an der *Universität Leipzig*. Zudem ist er Professor für Sozialpsychologie an der *Sigmund-Freud-Universität Berlin*.

# MOBILISIERUNG UND PROTESTGESCHEHEN IN BRANDENBURG, SACHSEN UND THÜRINGEN

Im Jahr 2024 stehen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen Wahlen an. Wir beschäftigen uns vorab mit den Fragen, wie es um rechte Mobilisierung und Proteste im Jahr zuvor bestellt ist und welche Themen und Akteur:innen die Proteste dominieren. Hierfür haben wir mit Experten gesprochen, die sich seit Jahren mit dem Protestgeschehen in diesen Bundesländern befassen. Unser Dank gilt an dieser Stelle Dr. Christoph Schulze (Brandenburg), Marco Henning und Johannes Richter (Sachsen) sowie Christoph Lamert (Thüringen). Die Beiträge basieren zu einem wesentlichen Teil auf unserem Austausch mit ihnen. Hinzu kommen die Eindrücke, die wir im Rahmen unserer Feldbeobachtungen gewonnen haben.

## Brandenburg

*Wo wird demonstriert?*

In Brandenburg ist im Vergleich zu den Vorjahren kein Anstieg rechter Mobilisierung zu beobachten. Das Protestgeschehen bewegt sich auf einem niedrigen

Niveau und es finden keine flächendeckenden Veranstaltungen statt. Nach der Hochphase der Corona-Proteste hat sich die Zahl der Demonstrierenden deutlich verringert. Die Verbleibenden hätten sich weiter radikalisiert, so Christoph Schulze vom *Moses Mendelssohn Zentrum*. Er weist zudem darauf hin, dass über Jahre gefestigte Strukturen anlassbezogen größere Mobilisierungen rechtsextremer Akteur:innen ermöglichen.

Die Region um Cottbus steht dabei oft im Zentrum des Geschehens, was mit einer Vielzahl von rechtsextremen und neonazistischen Gruppierungen, Vereinen und Einzelpersonen zusammenhängt. Zentren rechter Mobilisierung im ländlichen Raum sind die Landkreise Spree-Neiße und Uckermark. Im uckermärkischen Prenzlau fand am 17. April 2023 eine AfD-Kundgebung mit mehreren Hundert Teilnehmenden statt. Anlass war eine Kreistagsitzung am nächsten Tag, bei der über die Unterbringung von Geflüchteten in Prenzlau entschieden werden sollte ([siehe S. 26](#)). Auch andernorts, beispielsweise in Lüb-

AfD Brandenburg, 6. November 2023 (Screenshot Instagram).

afd\_brandenburg

## KUNDGEBUNGEN

KEINE NEUEN ASYL- UNTERKÜNFTE! IMMER AB 19:00 UHR

**06.11.23** Erich-Weinert-Straße 9, Königs Wusterhausen

**13.11.23** Dietrich-Heßmer-Platz Lauchhammer

**17.11.23** Marktplatz (am Trinkwasserbrunnen) Fürstenberg/Havel

**04.12.23** Schulplatz Neuruppin

AfD Landesverband Brandenburg

GRENZEN SCHLIEßEN!

ben, Falkensee oder Zehdenick, wurde im Laufe des Jahres gegen geplante Geflüchtetenunterkünfte demonstriert.

*Welche Themen stehen im Fokus?*

Nachdem Corona seit Anfang 2020 lange als Hauptthema der Proteste gedient hatte, rückten bald der Ukraine-Krieg und die damit verbundene Energiekrise in den Fokus. Die Mobilisierungskraft erwies sich jedoch als deutlich geringer als noch während der Pandemie. Im Jahr 2023 wandte man sich wieder verstärkt dem Bereich Asyl und Migration zu.

Schulze zufolge wurden diesbezüglich vor einschlägigen Protestveranstaltungen wie-

derkehrend Falschinformationen verbreitet. Im Spree-Neiße-Kreis kursierte eine Sprachnachricht, in der behauptet wurde, dass angeblich Hunderte von Geflüchteten über die Autobahn auf dem Weg nach Brandenburg seien. Die Polizei bezeichnete den Inhalt als „absolute Fake-Nachricht“ (rbb 2023). Der rechtsextreme Verein *Zukunft Heimat* veranstaltete eine Woche nach Verbreitung der Sprachnachricht eine Kundgebung. Angesichts dessen kann der Eindruck entstehen, dass Gerüchte wie dieses gezielt gestreut werden, um im Vorfeld von Veranstaltungen Angst zu schüren.

*Welche Akteur:innen sind beteiligt?*

In Brandenburg nimmt die AfD eine zentrale Rolle für das Protestgeschehen ein, weshalb Schulze sie als „Gravitationszentrum“ rechter Mobilisierung betrachtet. Einige sich selbst als parteiunabhängig präsentierende „Bürgerinitiativen“ entpuppten sich ebenfalls als Vorfeldorganisationen der Partei. Da die Mobilisierung zu klassischen Protesten zuletzt wenig erfolgreich war, können Kampagnen wie das Prenzlauer Bürgerbegehren als Teil einer davon abweichenden Strategie betrachtet werden: Nachdem der Kreistag dort im April für die Unterbringung der Geflüchteten gestimmt hatte, versuchten AfD-Politiker in den Wochen darauf die Durchsetzung des Beschlusses zu verhindern. Sie sammelten hierfür mehr als 13.000 Unterschriften, obwohl ihnen bereits bekannt war, dass es sich bei der Unterbringung „um eine

Pflichtaufgabe nach Weisung“ handelte und das Bürgerbegehren somit keine Gültigkeit haben konnte. Trotzdem gelang es ihnen, ausreichend Druck auf die Landrätin aufzubauen, sodass letztlich weitaus weniger Geflüchtete in der Unterkunft Platz finden werden.

Auch der AfD-Jugendverband, die *Junge Alternative (JA)*, ist in Brandenburg sehr präsent. Seit Juli dieses Jahres wird die JA vom Brandenburger Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch gelistet. Ihre Mitglieder treten wiederkehrend als Redner:innen bei Kundgebungen auf, darunter der Bundessprecher Hannes Gnauck.

Die JA versucht, sich durch ihr Auftreten als moderne Bewegung zu stilisieren. Sie verkauft eigene Merchandiseprodukte und lädt zu informellen Treffen ein, um junge Menschen für sich zu gewinnen. Schulze sieht im Auftreten der *JA Brandenburg* eine Analogie zur völkischen *Identitären Bewegung (IB)*. Beide Gruppierungen eint die Selbstinszenierung durch Aufmerksamkeit generierende Protestaktionen, die in den Sozialen Medien Verbreitung finden.

Darüber hinaus bestehen personelle Überschneidungen und inhaltliche Bezüge zur *IB*, beispielsweise in der kontinuierlichen Ver-

Oranienburg, 7. September 2023, „Zukunft für Deutschland!“



wendung des Begriffs „Remigration“. Dieser hat seinen Ursprung im Spektrum der Identitären und steht für die Rückführung aller Migrant:innen und ‚Fremden‘, um langfristig eine ethnisch-homogene Gesellschaft herzustellen. Die *JA Brandenburg* als einflussreicher Landesverband prägt mit Kampagnen wie dieser die Sprache innerhalb der Gesamtpartei und fungiert gleichermaßen als ideologische Innovationskraft.

#### *Ausblick:*

Ein Anstieg an rechtsextremen Protesten ist in Brandenburg in näherer Zukunft nicht zu erwarten. Vielmehr besteht die Herausforderung für die Akteur:innen darin, das vorhandene Potenzial der extremen Rechten regelmäßig zu aktivieren. In diesem Zusammenhang wird zu beobachten sein, ob sich der Trend hin zu alternativen Protestformen und Mobilisierungsstrategien fortsetzt. Die *AfD* und die *JA* werden in Brandenburg weiterhin, allen voran mit Blick auf die Wahlen im kommenden Jahr, prägend für das Mobilisierungsgeschehen sein.

## Sachsen

#### *Wo wird demonstriert?*

In Sachsen besteht ein anhaltend hohes Mobilisierungspotenzial, das sich insbesondere in landesweit stattfindenden Montagsdemonstrationen widerspiegelt. Im Vergleich zu den Vorjahren ist allerdings kein Anstieg an Protestaktivitäten feststellbar. Dies gilt

auch für die Teilnehmereinzahlen. Mögliche Erklärungen sind neben dem Wegfall der Corona-Maßnahmen die Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik durch die demokratischen Parteien sowie die Präsenz der *AfD* in den Parlamenten.

Die dennoch vielerorts stattfindenden Protestveranstaltungen zeichnen sich durch ihre Kontinuität aus. Vor allem in Ostsachsen ist die Anzahl der Proteste hoch. Hier hat sich die rechtsextreme beziehungsweise neonazistische Szene über Jahrzehnte etabliert. Bautzen, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Zittau, Zwickau und das Erzgebirge sind typische Orte für größere Mobilisierungen. Punktuell kommt es auch in kleineren Städten zu Protesten mit starkem Zulauf. In Sebnitz schlossen sich im August bis zu Tausend Menschen einer rassistischen Demonstration an. Tage zuvor waren dort mit Baseballschlägern bewaffnete Neonazis in eine Geflüchtetenunterkunft eingebrochen, was Johannes Richter vom *Kulturbüro Sachsen* zufolge „eine neue Dimension“ darstellt. In der Folge kam es zu Protesten gegen die kritische Berichterstattung über diesen Übergriff.

#### *Welche Themen stehen im Fokus?*

Mit dem Wegfall der Corona-Maßnahmen kam es vorübergehend zu einer „Legitimationskrise der Proteste“, so Marco Henning vom *Kulturbüro Sachsen*. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine diente daraufhin als neues Mobilisierungs- und Instrumenta-

lisierungsmoment. Folgen des Krieges wie die Inflation und die Energiekrise standen inhaltlich schnell im Fokus. Henning zufolge werden diese Themen allerdings lediglich als Vehikel genutzt, um die generelle Unzufriedenheit aus der rechtsextremen Sammlungsbewegung auf die Straße zu bringen. Gerade im Herbst 2022 erhoffte man sich durch die Adressierung der genannten Themen eine starke Mobilisierung. Diese blieb wenig erfolgreich.

Die Inhalte der Demonstrationen sind vielfältig und wandelbar: von der Beschwörung der sächsischen Identität oder der Forderung zur Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen bis hin zu Friedensappellen oder der Ablehnung etablierter Parteien. Insbesondere die Partei *Bündnis 90/Die Grünen* ist ein zentrales Feindbild, was vermehrte Angriffe auf ihre Büros verdeutlichen.

In den letzten Monaten kam es verstärkt zu rassistisch motivierten Protesten, oftmals gegen Geflüchtetenunterkünfte. Dieser Umstand weist darauf hin, dass das Thema Migration – das zentrale Thema der extremen Rechten – wieder in den Mittelpunkt des Protestgeschehens rückt. Hier zeigt sich ein Unterschied zu den Vorjahren. Zwar war das Potenzial für rassistische Proteste stets vorhanden, doch standen vorübergehend andere Themen im Fokus.

Freie Sachsen, 30. Juni 2023 (Screenshot Telegram).

Freie Sachsen

Weitergeleitet aus  Freie Erzgebirger 



Den Landrat samt seiner Gefolgschaft zur Rede stellen:  
Nächsten Mittwoch (5. Juli) auf zur Sitzung des Kreistags nach Annaberg-Buchholz!

Wer sind die beteiligten Akteur:innen?

In Sachsen zeigt sich eine enge Vernetzung verschiedener Akteur:innen des rechten Spektrums. Richter sieht eine zunehmende Differenzierung in den Arbeitsfeldern, die sich beispielsweise darin zeigt, dass sich die *AfD* auf die Arbeit in den Parlamenten konzentrierte und sich die *Freien Sachsen* auf Straßenproteste fokussierten. Teilweise werden an einem Tag sachsenweit über 100 Demonstrationen beworben, die oftmals von der Kleinstpartei vereinnahmt werden. Die Proteste sind ritualisiert, die Teilnehmenden kennen sich und viele nutzen Banner und andere Merchandiseprodukte der *Freien Sachsen*. Diese verwenden die entstehenden Bilder wiederum zur eigenen Vermarktung in den Sozialen Medien, wodurch sie überregionale und kontinuierliche Sichtbarkeit erlangen.

Die Spitze der Partei, angeführt von Martin Kohlmann (ehemals *Pro Chemnitz*), seinem Stellvertreter Stefan Hartung (ehemals *NPD*) und dem Neonazi Michael Brück aus Nordrhein-Westfalen, hat das bestehende rechtsextreme Potenzial der Region erfolgreich in den *Freien Sachsen* als eine breite Sammlungsbewegung gebündelt. Sie agitieren mit rassistischer und völkisch-nationalistischer Sprache und erzeugen durch bewusste Tabubrüche Aufmerksamkeit.

Auch die *AfD* versuchte sich in der Organisation von Kundgebungen, jedoch ohne großen Erfolg. Trotz formeller Beschlüsse zur Abgrenzung von den *Freien Sachsen* suchte man bei öffentlichen Auftritten vereinzelt den Schulterchluss. Zudem versucht die Partei, im ländlichen Raum aktiv zu sein. Die *AfD* hat sich gefestigte Strukturen im kommunalen Bereich aufgebaut und tritt erfolgreich als ‚Fundamentalopposition‘ auf. Auf personeller Ebene bestehen unter anderem Verbindungen zu Akteur:innen der rechtsextremen Kampagnenplattform *Ein Prozent*.

*Ausblick:*

Für die Mobilisierung rechter Proteste prognostizieren Henning und Richter vorerst keinen Anstieg. Das rassistische Potenzial sei jedoch vorhanden und könne durch einzelne konkrete Ereignisse abgerufen werden. Die Kommunalwahlen im kommenden Jahr seien von großer Bedeutung, allen voran für die *Freien Sachsen*.

Während Brück dafür plädiert, bei der Landtagswahl auf die Aufstellung eigener Kandidat:innen zu verzichten, um der *AfD* keine Stimmen wegzunehmen, will die Partei bei den Kommunalwahlen möglichst viele Kandidat:innen aufstellen. Man möchte so auf lokaler Ebene an Informationen gelangen, um beispielsweise schneller auf geplante Geflüchtetenunterkünfte reagieren zu können.

## Thüringen

*Wo wird demonstriert?*

Im Vergleich zu den Vorjahren ist 2023 in Thüringen kein Anstieg rechter, rechtsextremer und neonazistischer Mobilisierung zu beobachten. Dennoch finden im gesamten Bundesland kontinuierlich Proteste und andere Veranstaltungen statt. Neben wiederkehrenden, oft sogar wöchentlichen Aufmärschen kommt es in bestimmten Regionen situativ zu großen Demonstrationen oder Kundgebungen. Die Mobilisierungskraft ist häufig von regionalen Strukturen und aktuellen Ereignissen abhängig.

Christoph Lammert von der *Mobilen Beratung in Thüringen* betont, dass es während der Pandemie und der Energiekrise in Thüringen, wie in anderen Regionen Deutschlands, einen „Mobilisierungsspeak“ gegeben hat. Der Umstand, dass der Zulauf derzeit nicht weiter ansteigt, sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass

noch immer „eine Vielzahl von Aufmärschen“ stattfindet und die Anzahl der Proteste „insgesamt deutlich höher“ ist „als in den Jahren vor 2015“.

Immer wieder kommt es zu Aufmärschen vor Geflüchtetenunterkünften, insbesondere in Südthüringen. Dort sieht Lammert „relativ starke Strukturen“ verortet. Ein markantes Beispiel war im April zu beobachten: Unter dem Motto „Nein zum Asylantenheim!“ schlossen sich in Schleusingen mehr als 600 Personen einer Veranstaltung des bekannten Neonazis Tommy Frenck an, dessen Umfeld eine starke Mobilisierung gewährleistet. Langjährig

aktive Neonazikader wie Frenck, Patrick Wieschke in Eisenach oder Thorsten Heise im Eichsfeld bilden den beständigen Kern der Thüringer Neonaziszene.

Anderorts demonstrieren wöchentlich lokale Initiativen und Bündnisse, zum Beispiel im Landkreis Hildburghausen, in Altenburg oder in Gera. Seit mittlerweile über drei Jahren versammeln sich dort teils jeden Montag Menschen. Diese Demonstrationen zeichnen sich durch ritualisierte Abläufe und ein weitgehend gefestigtes Protestmilieu aus, weshalb Lammert sie als eine Art „Gewohnheitsdemonstrationen“ betrachtet. Besonders hervorzuheben ist

Gera, 17. Juni 2023, „Niederschlagung des Volksaufstandes vor 70 Jahren!“



Gera, wo die Zahl der Teilnehmenden kontinuierlich hoch ist. Oftmals schließen sich dem Aufzug mehrere Hundert Personen an. Dass punktuell noch stärker mobilisiert werden kann, zeigte sich am 3. Oktober 2023. An diesem Tag folgten nach Polizeiangaben 1.300 Menschen dem Protestaufruf des Neonazis Christian Klar zum „Tag der Deutschen Freiheit“.

Neben Demonstrationen und Kundgebungen dienen auch andere Veranstaltungsformate dazu, Präsenz zu zeigen und Netzwerke auszubauen. Lammert nennt als Beispiel hierfür Kongresse, Schulungswochenenden oder Wandertage für die ganze Familie.

*Welche Themen stehen im Fokus?*

Die behandelten Themen richten sich stets nach aktuellen Ereignissen und Krisen. Nachdem in den Jahren 2020 und 2021 die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen bestimmend waren, standen 2022 der Ukraine-Krieg und die daraus resultierende Energiekrise im Fokus. Auch weiterhin schließen sich wöchentlich Menschen sogenannten Friedensdemonstrationen an, so zum Beispiel in der Kleinstadt Leinefelde im Eichsfeld.

Ein Kernthema, das Lammert zufolge bei den Protesten „immer eine Rolle spielt“, ist Migration. „Die Behandlung dessen ist meist geprägt von Rassismus“, so der Experte. Dies hat sich bereits bei den „Anti-Asyl-

Protesten“ vor einigen Jahren, aber auch in den letzten Monaten verstärkt gezeigt.

*Wer sind die beteiligten Akteur:innen?*

Es wird zunehmend schwieriger, die Protestbeteiligten eindeutig einem Spektrum zuzuordnen. Noch vor einigen Jahren war klar, dass der Großteil rechter beziehungsweise rechtsextremer Mobilisierung direkt von der *NPD* oder ihrem Umfeld ausging. Das habe sich zunächst mit den „Anti-Asyl-Protesten“ und später mit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 geändert, so Lammert. Er sieht in der derzeitigen Mobilisierung ein „Kernmilieu, das sich ziemlich konstant mobilisieren lässt, unabhängig von der jeweiligen Thematik“.

Neben langjährig aktiven Kadern und Strukturen ist in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Gruppierungen entstanden. Lammert betont daher einen „Bewegungscharakter“, der das derzeitige Protestgeschehen kennzeichnet. Oftmals handelt es sich um ein Spektrum, das von der klassischen Neonaziszene über die *AfD*-Klientel bis hin zu Reichsbürgern reicht.

Ein überregionaler Zusammenschluss, der in den letzten Jahren zunehmend an Relevanz gewonnen hat, ist die Plattform *Freies Thüringen*. Auf Telegram fungiert der Kanal mit über 17.000 Abonnent:innen als Vernetzungs- und Organisationsplattform. In hoher Frequenz werden dort sowohl eigene als auch externe Beiträge

geteilt und Protestveranstaltungen in ganz Thüringen beworben.

Zudem gibt es lokale Bündnisse wie *Aufbruch Gera*, das im März 2023 von Neonazi Klar und dem ehemaligen AfD-Politiker André Poggenburg gegründet wurde. Nicht nur in diesem Fall besteht enger Kontakt zu den *Unternehmern mit Herz*, einem „Firmen-Bündnis“, das finanzielle Unterstützung leistet und Infrastruktur zur Verfügung stellt.

Anders als noch zu Beginn der Corona-Proteste ist die AfD derzeit integraler und auch sichtbarer Bestandteil des fortlaufenden Protestgeschehens. Vor wenigen Jahren noch nach außen formulierte Distanzierungsversuche sind mittlerweile nicht mehr aktuell. AfD-Fahnen, Banner und andere Merchandiseprodukte wie Pappherzen und Luftballons sind im ganzen Land bei Protestveranstaltungen sichtbar.

*Ausblick:*

Lammert sieht in Thüringen ein „permanentes Mobilisierungspotenzial“, das zu bestimmten Anlässen zeitnah aktiviert werden kann. Zugleich weist er darauf hin, dass der Einfluss und die Präsenz der Akteur:innen nicht allein anhand von Straßenprotesten beurteilt werden sollten. Viele Protestbeteiligte engagieren sich in Institutionen wie Schulen und sind dort Mitglieder der Elternbeiräte oder des Kollegiums.

Bemerkenswert ist die seit der Bundestagswahl anhaltende Präsenz der AfD, sowohl auf Protestveranstaltungen als auch mit Infoständen im ländlichen Raum. Diese von Lammert als „Dauerwahlkampf“ beschriebene Strategie wird sich voraussichtlich bis zur Landtagswahl 2024 weiter beobachten lassen.

## Anhaltend hohes Mobilisierungspotenzial

In keinem der drei Bundesländer lässt sich für das Jahr 2023 ein Anstieg rechter Mobilisierung feststellen. Gerade in Sachsen und Thüringen kommt es dennoch überregional zu einer kontinuierlich hohen Anzahl von Kundgebungen und Demonstrationen. Zwei Drittel aller asylfeindlichen Proteste fanden in diesem Zeitraum allein in Sachsen statt ([Fischer 2023](#)). Brandenburg hingegen weist sowohl hinsichtlich der Gesamtzahl der Proteste als auch der Beteiligung daran geringere Werte auf. Doch auch dort lässt sich, wie in den anderen beiden Bundesländern, anlassbezogen eine größere Anzahl von Menschen mobilisieren. Der vorläufige Höhepunkt rechter Mobilisierung erfolgte in allen drei Bundesländern in den Jahren 2015 und 2016. Seitdem haben sich, vor allem während der Corona-Pandemie, Strukturen gefestigt und Netzwerke gebildet.

In Brandenburg und in Thüringen spielt die AfD für das Protestgeschehen eine bedeutende Rolle. Dies macht sich zum einen

in der Organisation eigener Kundgebungen und Demonstrationen bemerkbar, zum anderen sind AfD-Akteur:innen eng mit lokalen rechten Strukturen vernetzt. Im Unterschied zu Sachsen richtet man neben klassischen Protestveranstaltungen auch unscheinbar wirkende Veranstaltungen wie Familienfeste oder Wanderungen aus. Insbesondere in Brandenburg ist in gewisser Weise eine Form der Monopolstellung der Partei zu beobachten. Fernab kleiner lokaler Bündnisse, Vereine und Initiativen sind es dort oft die AfD, die JA oder ihre Vorfeldorganisationen, die Mobilisierungen und Aktionen prägen. Während das politische Vorfeld in Brandenburg

und Thüringen einen großen Einfluss auf den politischen Diskurs nimmt, ist dies in Sachsen weniger der Fall. Dort wiederum existiert mit der Partei *Freie Sachsen* ein überregional tätiger Akteur, dessen Rolle eine deutlich andere ist, als die seiner Ableger in Brandenburg und Thüringen. Es fällt auf, dass gerade in dem Bundesland, in dem das politische Vorfeld der AfD keine große Rolle spielt, sich ein Akteur wie die *Freien Sachsen* etablieren konnte.

Eine Gemeinsamkeit zeigt sich bei den behandelten Inhalten. Das Thema Migration ist in diesem Jahr wieder stärker in den Fokus gerückt, nachdem seit Anfang

Oranienburg, 7. September 2023, „Zukunft für Deutschland!“



2020 die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die Folgen dessen inhaltlich bestimmend waren. Der Umstand, dass das Thema auf Protestveranstaltungen in den letzten Jahren weniger zentral behandelt wurde, ist nicht gleichbedeutend damit, dass es für die Beteiligten keine Relevanz hatte. Die Auseinandersetzung damit ist von Rassismus geprägt. Eine Besonderheit zeigt sich in Sachsen, wo der Appell an die sächsische Identität viele Proteste auszeichnet. Vergleichbares ist in Brandenburg und Thüringen nicht zu beobachten. Die Feindbilder der Protestierenden dagegen decken sich weitestgehend. Die Wut richtet sich gegen politische Verantwortungsträger:innen und insbesondere ge-

gen die Partei *Bündnis 90/Die Grünen*. Auch Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte werden angefeindet und für politische Missstände verantwortlich gemacht. Rassismus und Verschwörungsglaube stellen einen Kitt der meisten Proteste dar.

Es ist davon auszugehen, dass dieselben Themen, Feindbilder und Einstellungen auch den Wahlkampf im kommenden Jahr prägen werden. Von einem Anstieg der Protestaktivität fernab des Wahlkampfes ist zum jetzigen Zeitpunkt zwar nicht auszugehen. Allerdings finden schon jetzt Protestveranstaltungen statt, an denen die *AfD*-Spitzen aus verschiedenen Bundesländern beteiligt sind.

### Zu den Gesprächspartnern:

Dr. Christoph Schulze, geboren 1979 in Brandenburg, ist Mitarbeiter der *Emil Julius Gumbel Forschungsstelle am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien* in Potsdam. Er promovierte an der *Freien Universität Berlin* und veröffentlichte zahlreiche Publikationen im Bereich der Rechtsextremismusforschung.

Marco Henning arbeitet für das *Kulturbüro Sachsen* im Bereich der Mobilen Beratung. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte ist die Analyse rechter Proteste und deren Mobilisierungspotenzial im digitalen Raum.

Johannes Richter ist Diplom Soziologe. Er publizierte und forschte zur rassistischen Protestwelle 2015–2017 in Sachsen sowie zur extremen Rechten. Seit mehreren Jahren ist er in der politischen Bildungsarbeit aktiv.

Christoph Lammert studierte Gesellschaftstheorie, Soziologie und Erziehungswissenschaft an der *Friedrich-Schiller-Universität Jena*. Seit 2015 ist er als Berater bei der *Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (MOBIT e.V.)* tätig und beschäftigt sich mit Strukturen und Entwicklungen der extremen Rechten in Thüringen.

# FLUCHT UND MIGRATION: KERNTHEMEN RECHTER AGITATION

Der folgende Beitrag befasst sich mit der rassistischen Instrumentalisierung der bestimmenden Themen rechter Proteste im Jahr 2023: Flucht und Migration. Zu Beginn erfolgt ein Überblick über das Auftreten von rassistischer Gewalt gegen Geflüchtete, das Protestgeschehen und die Verbreitung rassistischer Ideologie. Darauf folgen die Analyse und Einordnung rassistischer Redeinhalte am Beispiel einer AfD-Kundgebung am 17. April 2023 in Prenzlau.

## Rassistische Gewalt und Einstellungen in Deutschland

Seit Anfang 2022 steigt die Anzahl politisch motivierter Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete kontinuierlich. Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion wurden im ersten Halbjahr des Jahres 2023 insgesamt 80 politisch motivierte Straftaten bekannt, bei denen Unterkünfte entweder Tatort oder das Angriffsziel von Anschlägen, Sachbeschädigungen und tätlichen Übergriffen waren (vgl. [Deutscher Bundestag 2023](#)). Dies entspricht einem Anstieg von 54 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dieser Trend setzt sich

auch im dritten Quartal des Jahres 2023 fort (vgl. [Mediendienst Integration 2023](#)). Bereits im Jahr 2022 war ein Anstieg von 73 Prozent im Vergleich zu 2021 festzustellen (vgl. [Tagesschau 2023](#)). Die Gewaltbereitschaft ist sowohl in Regionen mit vielen als auch in Regionen mit wenigen dort lebenden Geflüchteten vorhanden.

Diese Taten ereignen sich in einem Klima, in dem migrationsfeindliche Äußerungen in der politischen Öffentlichkeit wieder Konjunktur haben. Die extreme Rechte adressiert seit geraumer Zeit wieder verstärkt ihre zentralen Mobilisierungsthemen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Anzahl rechtsextremer Aufmärsche um das Dreifache (vgl. [ZDF 2023](#)). Die Mehrheit dieser Proteste richtete sich gegen bestehende oder geplante Geflüchtetenunterkünfte. Neben eigenen Protestaktionen unterstützen rechtsextreme Akteur:innen und Gruppierungen für ihre rassistische Agitation auch Proteste, die von und mit Bürgerinitiativen organisiert werden. Es handelt sich dabei um eine Strategie, die die NPD schon in den 1980er-Jahren anwendete und damit besonders 2013/14 im Zuge der „Nein zum Heim“-Proteste sehr erfolgreich war (vgl. [Rafael 2014](#)). Auch

2023 fanden unter diesem Motto zahlreiche Aufmärsche statt (vgl. [Deutscher Bundestag 2023](#)).

Eine steigende Anzahl Geflüchteter führt oft zu Unzufriedenheit in der lokalen Bevölkerung. Rechte und rechtsextreme Redner:innen knüpfen in ihren Reden an diese Unzufriedenheit an. Dabei schaffen sie nicht erst rassistische Ressentiments, sondern schüren den bereits bestehen-

den Hass gegen das vermeintlich Fremde in der Bevölkerung weiter an. Laut der *Mitte-Studie* der *Friedrich-Ebert-Stiftung* ist in Deutschland für das Jahr 2022/23 ein Anstieg rechtsextremer Einstellungen, darunter auch rassistischer Einstellungen, zu verzeichnen. „Fremdenfeindlichkeit, die sich an einer verallgemeinerten Abwertung von ‚Ausländern‘ äußert“<sup>1</sup> ([Zick/Küppers/Mokros 2023: 67](#)), ist mit 16,2 Prozent fast doppelt so stark aus-

<sup>1</sup> Zur Messung und Darstellung rassistischer Einstellungen verwendet die *Mitte-Studie* den Begriff „Fremdenfeindlichkeit“. Er soll den „Prozess der Fremdmarkierung“ ([Zick/Küppers/Mokros 2023: 54](#)) sichtbar machen. Während die Begriffe ‚Fremd‘ und ‚Ausländer‘ zur Messung rassistischer Einstellungen sinnvoll sind, da bestimmte Vorstellungen nur so adressiert werden können, birgt ihre Verwendung in der Analyse und Darstellung die Gefahr, diese Zuschreibungen zu reproduzieren. Wir bevorzugen den Begriff Rassismus, da er die zugrundeliegende Ideologie benennt.

Zehdenick, 14. Juli 2023, „Weitere Asylunterkünfte in Zehdenick? Nein, Danke!“



geprägt wie in den Erhebungsjahren 2014 bis 2018/19. Besonders alarmierend ist, dass nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten keine rassistische Einstellung aufweist.<sup>2</sup> „Fremdenfeindlichkeit“ und ihre Kehrseite, der Nationalchauvinismus, also die Vorstellung der ‚deutschen‘ Überlegenheit – erhalten die höchsten Zustimmungswerte der insgesamt sechs gemessenen Dimensionen rechtsextremer Ideologie.<sup>3, 4</sup> Etwas mehr als ein Viertel der Befragten stimmt dem rassistischen Narrativ der „Überfremdung“ Deutschlands zu und ein Viertel der Befragten wirft „Ausländern“ Sozialmissbrauch vor. Immerhin noch knapp ein Fünftel möchte „die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken, wenn Arbeitsplätze knapp werden“ ([Zick/Küppers/Mokros 2023: 70](#)).

Im Gegensatz zur *Mitte-Studie* misst die *Leipziger Autoritarismus Studie* (LAS) für

2022 keinen Anstieg rechtsextremer Einstellungen.<sup>5</sup> Während die Verbreitung eines gefestigten rechtsextremen Weltbildes seit Beginn der Messung 2002 insgesamt tendenziell sogar leicht rückläufig ist, verbleiben rassistische Einstellungen auf einem konstant hohen Niveau. Die „Ausländerfeindlichkeit“<sup>6</sup> ist nach einem Tief im Jahr 2020<sup>7</sup> mit 17 Prozent wieder leicht angestiegen ([Decker/Kiess/Heller/Brähler 2022: 55](#)). Dabei ist die Ablehnung gegen Muslim:innen und Sinti:zze und Rom:nja besonders weitverbreitet. Der Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ stimmten 46,6 Prozent der ostdeutschen und 23,6 Prozent der westdeutschen Befragten zu. 44,2 Prozent der Ostdeutschen und 29,7 Prozent der Westdeutschen sind der Meinung „Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden“ ([Decker/Kiess/Heller/Brähler 2022: 71–72](#)). Beide

---

<sup>2</sup> 53,5 Prozent stimmten den entsprechenden Fragen nicht zu, 30,3 Prozent antworteten mit „teils/teils“ ([Zick/Küppers/Mokros 2023: 69](#)).

<sup>3</sup> Die Zustimmung zur Dimension Nationalchauvinismus lag bei 16,6 Prozent ([Zick/Küppers/Mokros 2023: 68](#)).

<sup>4</sup> Zustimmungswerte der weiteren gemessenen politisch-historischen Dimensionen rechtsextremer Einstellung in Prozent: Befürwortung eine Diktatur 6,6, Verharmlosung des Nationalsozialismus 4,0, Antisemitismus 5,7, Sozialdarwinismus 5,7 ([Zick/Küppers/Mokros 2023: 68–69](#)).

<sup>5</sup> Die LAS messen seit 2022 rechtsextreme Einstellungen in sechs Dimensionen, die sich in zwei Bereiche gliedern lassen: NS-Ideologie (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus) und Ethnozentrismus (Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit) ([Decker/Kiess/Heller/Brähler 2022: 12, 36](#)). Die *Mitte-Studie* und die LAS messen ähnliche Dimensionen mit denselben Aussagen. Durch ähnliche Beobachtungen validieren sie sich gegenseitig. Während die LAS schriftliche Befragungen durchführen, nutzt die *Mitte-Studie* seit 2014 telefonische Interviews ([Zick/Küppers/Mokros 2023: 66](#)).

<sup>6</sup> Ähnlich wie die *Mitte-Studie* verwenden die LAS zur Messung rassistischer Ideologie mit „Ausländerfeindlichkeit“ einen Begriff, der den „Konstruktionsprozess des ‚Anderen‘ als ‚Ausländer‘ begrifflich nachvollziehen“ ([Decker/Kiess/Heller/Brähler 2022: 46](#)) soll.

<sup>7</sup> 2020 hatte die Dimension „Ausländerfeindlichkeit“ eine Zustimmung von 16,5 Prozent ([Decker/Kiess/Heller/Brähler 2022: 52](#)).

Studien zeigen, dass rassistische Einstellung kein Phänomen der extremen Rechten ist, sondern eine mehrheitsfähige Konstante in der deutschen Gesellschaft.

Wie ist diese Kontinuität rassistischer Ideologie zu erklären? Aus sozialpsychologischer Perspektive bringen moderne kapitalistische Gesellschaften strukturell autoritäre Persönlichkeiten hervor. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und psychologischen Dispositionen. Die autoritäre Persönlichkeit beschreibt also keine wesentlichen Merkmale, sondern durch Erziehung und Sozialisation geformte Dispositionen. Autoritarismus stellt dabei ein größeres Syndrom dar, das wiederum rassistische und antisemitische Vorurteile hervorbringt (vgl. Marz 2020: 137). Im Kapitalismus besteht ein ständiges Konkurrenzverhältnis, bei dem die eigene Selbsterhaltung den Individuen zugesprochen wird, obwohl die Möglichkeit ihrer Realisierung außerhalb ihrer selbst liegt. Sie sehen sich dazu gezwungen, sich selbst narzisstisch zu inszenieren und aufzuwerten. Die kapitalistische Gesellschaft generiert jedoch kontinuierlich Krisen, die in den Individuen Angst und Ohnmacht auslösen und so zu einer permanenten narzisstischen Kränkung führen (vgl. Marz 2020: 138). Dabei müssen die Ängste (zum Beispiel vor Abstieg) nicht objektiv sein, sondern entstehen aus einem subjektiv empfundenen Gefühl (vgl. Marz 2020: 140). Anstatt aber das System

als Ganzes infrage zu stellen, ermöglicht die Ethnisierung von Ausschluss die vermeintliche Identifikation von Krisenverantwortlichen und die damit einhergehende Stabilisierung der eigenen Identität (vgl. Marz 2020: 149).

## Agitation bei Protesten am Beispiel Prenzlau

Insbesondere der *AfD* gelingt es, dieses autoritäre Potenzial für sich zu nutzen. Im Jahr 2023 beobachteten wir mehrere Kundgebungen der Partei, auf denen rassistische Hetze betrieben wurde, so auch am 17. April 2023 im brandenburgischen Prenzlau. Ein Tag vor einer Kreistagssitzung, auf der die Errichtung einer Geflüchtetenunterkunft im Gewerbegebiet Ost der Stadt beschlossen werden sollte, versammelten sich etwa 350 Personen auf dem Marktberg zu einer Kundgebung, auf der die *AfD*-Politiker Hannes Gnauck (erster Stellvertreter des Kreisvorsitzenden des Kreisverbandes Uckermark und Vorsitzender der *JA*), Felix Teichner (Mitglied des brandenburgischen Landtages), Tony Riller und Klaus-Martin Bastert (beide Mitglieder des Kreisverbandes Uckermark) als Redner auftraten.

Statt konkrete politische Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen in der Migrationspolitik vorzustellen, verstärkten sie die Angst und Unsicherheit der Bürger:innen, indem sie

Bedrohungsszenarien entworfen. Teichner betonte, dass man nicht „die ganze Welt aufnehmen“ könne. Die Bevölkerung in Afrika wachse rasant an, sodass „Deutschland, wie wir es mal kannten“, durch die Aufnahme der Flüchtenden verschwinden würde. Bastert ging noch einen Schritt weiter und diagnostizierte, dass die Aufnahmegrenzen des „Gemeinwesens“ bereits überschritten seien. Diese Betonung eines Übermaßes findet in der Debatte um Flucht und Migration oft mithilfe metaphorischer Realisierungen aus dem Bereich des Wassers statt. Das ließ sich an diesem Tag bei Bastert und Gnauck beobachten. Ersterer sprach davon, dass „täglich“ Migrant:innen „zu uns strömen“ und zweiterer betonte, dass „unsere Uckermark geflutet wird mit Menschen, die hier nichts verloren haben“. Insbesondere die Flutmetaphorik stellt Zuwanderung als Naturkatastrophe dar – eine unkontrollierbare Gewalt, der die Menschen ohnmächtig ausgeliefert sind.

Solche Bilder tragen auch zu einer Entindividualisierung der flüchtenden Menschen bei: Sie werden zu abstrakten Einheiten in einer unbestimmten Masse. Dies erleichtert es, sie im gleichen Zug abzuwerten und als unzivilisierte Fremde darzustellen. Riller sprach davon, dass das Bürogebäude, das als Unterkunft für die Geflüchteten vorgesehen ist, in „Schutt und Asche“ liegen werde, „wenn mal wieder ein Lagerfeuer auf dem Teppich gemacht wurde“. Gnauck verwendete den Begriff

„Horden“, der Assoziationen mit Tieren hervorruft und somit eine Entmenschlichung darstellt. Damit werden Geflüchtete aus dem Gleichheitsversprechen ausgeschlossen und Gewalt, Diskriminierung und Ausbeutung legitimiert.

Ein weiteres Mittel, um den Entzug von Rechten, Schutz und Mitgefühl zu rechtfertigen, ist die Markierung von Menschen als illegal und gefährlich. Während sich Menschen ohne Migrationsgeschichte individuell für ihr Handeln verantworten müssen, werden Migrant:innen insgesamt für das Fehlverhalten Einzelner in Sippenhaft genommen. Dabei werden oft Übertreibungen und Falschbehauptungen getätigt. In Prenzlau wurde in mehreren Reden auf das Bild des „kriminellen Ausländers“ (Gnauck, Riller) zurückgegriffen und von „illegalen“ Migrant:innen (Bastert, Gnauck, Riller) gesprochen. Die Bundesregierung unterstütze, so Riller, „in ganz großem Stil Messerstecher, Vergewaltiger und Mörder“.

## Das ‚Eigene‘ und das ‚Fremde‘

Die Projektion aller Negativen auf die vermeintlich Fremden dient zur Stabilisierung und Aufwertung der eigenen Gruppenidentität: Dass die ‚Fremden‘ gefährlich, gewalttätig und unzivilisiert seien, impliziert zugleich, dass man selbst ungefährlich, friedliebend und zivilisiert ist. Neben der Abwertung der ‚Anderen‘



Prenzlau, 17. April 2023, „NEIN zum Asylheim im Gewerbegebiet Prenzlau Ost“.

wurde in Prenzlau daher zugleich unentwegt das ‚Eigene‘ beschworen:

Morgen, liebe Freunde, sagen wir „Nein zum Heim“ und „Ja zu Prenzlau.“ [...] [U]nd vor allen Dingen „Ja zu unserem Deutschen Volk und Vaterland.“ Für dieses „Ja zum Eigenen“ stehen wir heute hier. (Bastert)

Diese Idee des ‚Eigenen‘ ist inhaltlich völkisch-national bestimmt. In Prenzlau wurde zwischen Menschen unterschieden, die in Deutschland „rechtmäßig [ihren] Platz“ (Bastert) haben und „Menschen, die hier nichts verloren haben“ (Gnauck). Als Kriterien für diesen Ausschluss wurden nicht, wie beim klassischen biologistischen

Rassismus, biologische Merkmale herangezogen. Vielmehr betonte zum Beispiel Gnauck ein „unsichtbares Band, das man nicht erklären“ müsse. Das deutsche Volk verbinde „eine gemeinsame Geschichte, Tradition, Kultur und Bräuche“. Hierdurch wird eine ethnopluralistische Weltsicht vermittelt, die unterschiedliche Traditionen und Kulturen von Völkern betont. Andere Kulturen würden respektiert, solange sie nebeneinander existierten und sich nicht vermischten. Das ‚Fremde‘ wird als Gefahr für die Existenz des Volkes angesehen und müsse daher ausgeschlossen werden: „Wenn jeder sein eigenes Haus

sauber hält, dann haben wir eine saubere Welt.“ (Bastert) Es handelt sich um eine partikuläre Toleranz, mit der das ausschließende Konzept des völkischen Nationalismus positiv besetzt wird.

In einer Zeit multipler Krisen scheint die Wirtschaftsnation und staatliche Autorität zunehmend geschwächt. Dieses Gefühl wurde von den AfD-Politikern in Prenzlau verstärkt, indem sie anderen Politiker:innen vorwarfen, „Knechte der Asylindustrie“ (Gnauck) zu sein. Die „Altparteien“ würden einen „Bevölkerungsaustausch“ vornehmen, indem sie „unsere Heimat als Siedlungsgebiet für irgendwelche illegalen

Migranten verscherbeln wollen“ (Gnauck). Dieses Narrativ folgt der antisemitischen Verschwörungserzählung des sogenannten Großen Austausches. Den Regierenden wird ein gezielter, von fremden Mächten gelenkter Bevölkerungsaustausch unterstellt, der die weiße ‚deutsche‘ Bevölkerung durch Migrant:innen ersetzen sollte. Hiermit wird ihnen Schwäche und Machtlosigkeit zugeschrieben. Zudem erscheint der Erhalt der deutschen Nation als gefährdet. Autoritäre, die ihren Selbstwert aus einer staatlichen oder nationalen Autorität ziehen, wenden sich von dieser ab, wenn diese Schwäche zeigt. Sie suchen dann nach einer Ersatzautorität, die Stärke,

Oranienburg, 7. September 2023, „Zukunft für Deutschland!“



Macht und Durchsetzungsvermögen besitzt. Diese Eigenschaften versuchten die AfD-Politiker in ihren Reden zu vermitteln. Im Gegensatz zu den „Parteibonzen“ würden sie ihrer Pflicht dem ‚deutschen Volk‘ gegenüber ernst nehmen und unermüdlich für „die Sicherheit des eigenen Landes, des eigenen Volkes, der eigenen Frau und der eigenen Kinder“ (Bastert) kämpfen.

Die autoritäre Projektion kann jedoch nur gelingen, wenn die Menschen sich mit der Autorität identifizieren. Leo Löwenthals Figur des großen kleinen Mannes (vgl. Löwenthal 2021: 190) beschreibt einen rhetorischen Trick, mit dem diese Beziehung zwischen Agitator und Autoritärem hergestellt wird: Man inszeniert sich als „geheiliger Führer“ und „Mann aus dem Volke“ (Löwenthal 2021: 217) zugleich. So betonte auch Gnauck in Prenzlau neben Führungswillen seine Volksnähe. Er sei „kein abgehobener Apparatschik“ und habe

nie eine Berufspolitikerkarriere angestrebt [...]. Ich bin einer von Euch und deswegen stehen wir hier gemeinsam, das ist auch meine Heimatstadt [...] und vor allem seid Ihr meine Menschen.

Im Rahmen der Veranstaltung in Prenzlau positionierten sich die anwesenden AfD-Politiker nicht allein gegen die geplante Geflüchtetenunterkunft. Vielmehr inszenierte man sich als vermeintlich einzige Partei, deren Ziel es sei, sich für eine starke ‚deutsche‘ Volksgemeinschaft einzuset-

zen, die ihren Anhänger:innen wieder zu alter Größe verhelfen werde:

Wir sind die letzten Volksvertreter, die dieses Wort überhaupt noch ernst nehmen. Wir sind die letzten Menschen, die dem deutschen Volke, so wie es geschrieben steht, über dem Bundestag noch leben. (Gnauck)

Nach der Veranstaltung schlossen sich etwa 50 Personen einem Aufmarsch durch Prenzlau an und ließen ihrer aufgestauten Aggression – legitimiert durch die zuvor gehaltenen Reden – mit Parolen wie „Abschieben! Abschieben!“ und „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!“ freien Lauf. Eine Bedrohungslage für alle Anwohner:innen, denen hierdurch ihr Platz in der Gesellschaft abgesprochen werden soll.

# RECHTE GEWALT IN BRANDENBURG: EIN INTERVIEW MIT JOSCHKA FRÖSCHNER

Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. hat im Mai eine bundesweite Jahresbilanz der Gewaltberatungsstellen für das Jahr 2022 veröffentlicht (vgl. [VBRG 2023](#)). Darin wird unter anderem ein Anstieg von über 15 Prozent bei rechten Gewalttaten auf Bundesebene festgestellt. Auch der Verein *Opferperspektive* gehört dem Verband an. Seit 1998 berät er im Rahmen seiner Arbeit Betroffene rechter Gewalt in Brandenburg. Im Interview mit Sebastian Beer und Helen Greiner berichtet Joschka Fröschner, Berater bei der *Opferperspektive*, von aktuellen Erscheinungsformen und Entwicklungen im Kontext rechter Gewalt im Jahr 2023.

**JFDA:** Herr Fröschner, welche Taten fallen überhaupt unter rechte Gewalt?

**Joschka Fröschner:** Zunächst ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass es keine einheitliche Definition des Begriffs ‚rechte Gewalt‘ gibt. Die Kriterien der *Opferperspektive* und unseres Dachverbandes unterscheiden sich beispielsweise in Teilen von denen der Polizei oder anderen staatlichen Institutionen. Grundsätzlich kann man jedoch zwischen den Delikten und

der Tatmotivation unterscheiden. Einerseits umfasst rechte Gewalt klassische Körperverletzungsdelikte oder Brandstiftungen. Andererseits werden in unseren Statistiken jedoch zusätzlich – und hier besteht ein Unterschied zu den Behörden – Fälle von Bedrohungen, Nötigungen oder schweren Sachbeschädigungen und die Folgen solcher Taten erfasst. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn eine Person sich gezwungen sieht, ihren Wohnort zu verlassen, weil sie sich in der eigenen Wohnung nicht mehr sicher fühlt.

*Aus welcher Motivation heraus werden diese Taten begangen?*

Als häufigste Tatmotivation lässt sich Rassismus herausstellen. Hinzu kommen eine hohe Anzahl antisemitisch motivierter Vorfälle sowie Angriffe auf politische Gegner:innen. Neben Sozialdarwinismus gewinnt auch LGBTQI-Feindlichkeit zunehmend an Bedeutung.

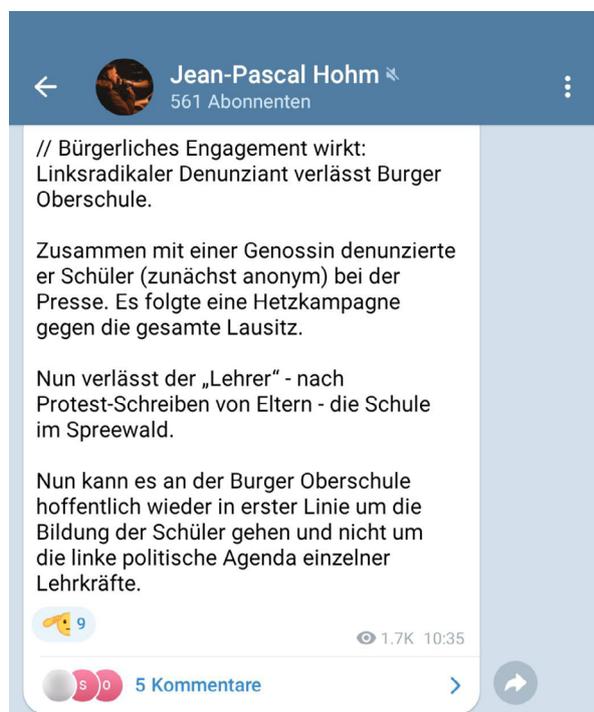
*Wie schätzen Sie die derzeitige Situation in Brandenburg ein? Nehmen Sie in Ihrer alltäglichen Arbeit besondere Entwicklungen wahr?*

Anders als in der deutschlandweiten Statistik haben wir in den letzten Jahren in Brandenburg keinen Anstieg rechter Gewalttaten festgestellt. Dennoch verzeichnen wir noch immer etwa 130 bis 150 Vorfälle pro Jahr. Ein Höhepunkt war im Zeitraum 2015 und 2016 feststellbar, was eng mit der hohen Zahl Geflüchteter und den sehr ausgeprägten rechten Protestdynamiken damals zusammenhing. Für das Jahr 2023 nehmen wir in unserem fortlaufend durchgeführten Monitoring bisher einen leichten Zuwachs wahr. Eine spezifische Region, also eine Art Hotspot rechter Gewalt, lässt sich dabei nicht erkennen. Es fällt jedoch auf, dass es eine deutliche Zunahme LGBTQI-feindlicher Angriffe gibt, von denen viele junge Menschen betroffen sind. Solche Entwicklungen geben oft einen Eindruck davon, auf welche Themen sich die extreme Rechte gerade konzentriert. Zu betonen ist außerdem, dass sich in unseren Statistiken keine Dynamiken wiederfinden, die fernab der genannten Kriterien für rechte Gewalt stattfinden. Man könnte für Brandenburg derzeit von einer Latenzphase sprechen, in der es extrem rechten Akteur:innen auch ohne die Ausübung von Gewalt vielerorts gelingt, eine gesellschaftliche Durchdringung und teilweise Dominanz zu erreichen.

*Mitte des Jahres wurde deutschlandweit über rechte Umtriebe an einer Schule in Burg berichtet (vgl. [Opferperspektive 2023](#)). Was genau ist dort geschehen?*

Das, was an der Schule in Burg geschah, kann als rechte Raumnahme bezeichnet werden. Diese Raumnahme wurde vor Ort von einer größeren Gruppe Schüler:innen vorangetrieben und hatte extrem unangenehme Konsequenzen für Personen mit Migrationsgeschichte oder Schüler:innen, die politisch links zu verorten sind. Abfällige Sprüche, volksverhetzende Äußerungen und Rassismus waren oft Alltag. Zeitgleich hatte man es mit einer Schulleitung zu tun, die sich lange Zeit nicht zu dieser Situation verhalten hat und selbst die vorgesehenen Meldestrukturen funktionierten nicht. Lokale Verantwortungsträger:innen, darunter die Amtsleitung, kritisierten die Lehrkräfte für die öffentliche Thematisierung der Umstände und stellten infrage, dass es sich um die eigenen Schüler:innen handele. Auch von außen wurden die Vorgänge von vielen als unproblematisch oder normal angesehen. Mal wurde angesichts dessen mit der Meinungsfreiheit argumentiert, mal auf das junge Alter der Schüler:innen verwiesen. Wir reden hier allerdings nicht von Kindern, sondern teilweise von 18- oder 19-Jährigen, die körperlich durchaus imstande sind, eine reale Bedrohungssituation zu schaffen. Die Veröffentlichung setzte die beiden Lehrkräfte unter enormen Druck. Vonseiten rechter Akteur:innen kam es zu konkreten und persönlichen Drohungen, sodass man das Gefühl bekam, dass sich da etwas zusammenbraut. Dazu gehörte nicht zuletzt eine Kampagne, im Rahmen derer

Jean-Pascal Hohm, 12. Juli 2023 (Screenshot Telegram).



mit dem Konterfei der beiden Lehrkräfte bedruckte Sticker verklebt wurden. Auch in den Sozialen Medien wurden sie massiv angefeindet, unter anderem von AfD-Politikern wie Lars Schieske oder Jean-Pascal Hohm aus Cottbus. Wir von der *Opferperspektive* standen sehr zeitnah im Kontakt mit den beiden Lehrkräften, um gemeinsam über Gefahren und Bedrohungssituationen zu sprechen.

*Gibt es vergleichbare Situationen auch andernorts?*

Die Tatsache, dass solche Dynamiken an Brandenburger Schulen bestehen, überrascht nicht. Von ähnlichen Vorgängen wurde uns in der Vergangenheit vereinzelt immer wieder mal berichtet. Vor allem in Südbrandenburg sind rechte Cliquen auf

dem Schulhof keine Ausnahme. Daher haben wir auch nicht mit dem großen Medieninteresse gerechnet, das folgte, als die Geschichte publik wurde. Nach Veröffentlichung der ersten Berichte, in denen die Schule noch nicht namentlich benannt wurde, gab es einige Lehrkräfte, die fälschlicherweise annahmen, es handle sich um ihre Schule. Das ist bezeichnend. Auch Journalist:innen warteten vor anderen Schulen in der Annahme, es handle sich um den Ort des Geschehens. Hinzu kommt, dass man die Schule in Burg keineswegs isoliert betrachten kann und sich bewusst machen sollte, dass diese Form der Raumnahme nicht nur auf die Institution Schule allein beschränkt ist. In Burg etwa befindet sich die bekannte Immobilie *Deutsches Haus* des Neonazis Daniel Grätz. Das ist ein Ort der Szene, an dem sich regelmäßig rechte Gewaltakteur:innen treffen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist der Schritt der beiden Lehrkräfte zur Veröffentlichung zu betrachten.

*Was bedeutet diese rechte Raumnahme in der Konsequenz für das Leben potenziell Betroffener von rechter Gewalt?*

Vorgänge wie in Burg oder auch in Städten wie Cottbus oder Spremberg haben für viele Menschen ein permanentes Gefühl der Unsicherheit im Alltag zur Konsequenz. Ein wesentlicher Bestandteil von rechter Raumnahme ist die Präsenz rechter Akteur:innen im öffentlichen Raum. Wenn man durch diese Städte läuft, sind

offen getragene Neonazikleidung und einschlägige Symbole keine Ausnahme. Hinzu kommen zahlreiche Shops und Studios, die von extrem rechten Akteur:innen betrieben werden, von denen oft bekannt ist, dass sie in der Vergangenheit bereits gewalttätig waren. Insbesondere in kleineren Orten können solche Dynamiken extrem bedrohlich sein, gerade als Person mit Migrationsgeschichte oder wenn man sich politisch links betätigt. Selbst tägliche Aktivitäten wie das Busfahren können mit einem Bedrohungsgefühl einhergehen. Auf die Problematisierung jener Umtriebe, wie es im Falle der beiden Lehrkräfte an der Schule in Burg stattgefunden hat, wird mit Skepsis reagiert und hinterfragt, weshalb man diese Themen überhaupt nach außen trägt. Von Solidarität ist oftmals keine Spur.

*Wo setzt die Opferperspektive in solchen Fällen mit ihrer Arbeit an?*

Im Fokus unserer Arbeit steht stets die Perspektive von Betroffenen. Das heißt, wir konzentrieren uns auf die Bedürfnisse der Betroffenen und versuchen, ihnen niedrigschwellig Hilfe anzubieten. Deshalb suchen wir die betroffenen Menschen an einem Ort auf, den sie sich wünschen und erörtern zu Beginn gemeinsam mit ihnen Bedürfnisse. Diese sind von Fall zu Fall sehr unterschiedlich. Ein zentraler Aspekt ist der Bedarf an Informationen, insbesondere in Bezug auf ein mögliches Strafverfahren. Dabei besteht oftmals die Sorge

vor einer sekundären Viktimisierung, also einer unfairen Behandlung durch die Strafverfolgungsbehörden, beispielsweise im Sinne einer Täter-Opfer-Umkehr.

*Welche Leerstellen und Hindernisse nehmen Sie wahr?*

Generell ist die in Teilen kaum vorhandene Strafverfolgung ein großes Problem. Immer wieder ziehen sich Verfahren über mehrere Jahre hin oder es vergeht viel Zeit, bis sie überhaupt beginnen. Wichtig ist, sich bewusst zu machen, dass Gewalterfahrungen in der Regel mit einem Kontrollverlust einhergehen und sich die Betroffenen auch im Rahmen eines Verfahrens oft lediglich als Objekt wahrnehmen. Unser Anliegen ist es daher, daran zu arbeiten, den Betroffenen Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Hinzu kommt, dass es uns als Institution anders als den meisten Betroffenen möglich ist, politischen Druck auszuüben und Interventionen zu gewährleisten. Problematiken lassen sich von uns übergeordneter adressieren. Dabei handeln wir jedoch stets im engen Austausch mit den Betroffenen. Zeitgleich stoßen auch wir immer wieder an unsere Grenzen und sehen uns mit Situationen konfrontiert, die unsere Arbeit erschweren. Das betrifft beispielsweise mangelnde Finanzierung, die zwangsweise mit zu wenigen Stellen einhergeht. Derzeit sind wir mit lediglich drei Teilzeitstellen für die südliche Hälfte des Landes Brandenburg verantwortlich.

In der Konsequenz bleiben so viele Fälle unbeachtet und es entsteht ein sehr großes Dunkelfeld. Auf politischer Seite ist darüber hinaus wahrzunehmen, dass die Landespolitik angesichts einer erstarken den *AfD* immer vorsichtiger agiert.

#### Zum Interviewpartner:

Joschka Fröschner ist seit 2015 Berater bei der *Opferperspektive e.V.* und verantwortet das Monitoring rechter Gewalttaten für die Beratungsstelle. Zuvor studierte er Politik- und Kulturwissenschaften in Berlin und London. 2019 erschien die gemeinsam mit Jakob Warnecke verfasste Broschüre „Was interessiert mich denn Cottbus?“ *Dynamiken rechter Formierung in Südbrandenburg: der Verein Zukunft Heimat.*

# SCHLUSSBEMERKUNG

Schlagzeilen der letzten Monate konnten den Eindruck vermitteln, rechte Einstellungen seien bis dato ein eher randständiges Phänomen gewesen – als habe sich Deutschland innerhalb kürzester Zeit zu einem Land entwickelt, in dem rechte Ideologie und Akteur:innen den Ton angeben. Von einem „Rechtsruck“ war an vielen Stellen zu lesen. Doch zu empört und überrascht sollte die Diskussion darüber nicht geführt werden, denn die Auseinandersetzung mit dem angeblichen Rechtsruck hat eine lange Tradition. Klaus Farin und Eberhard Seidel-Pielen veröffentlichten bereits 1992, im Jahr des Brandanschlags in Mölln, die Streitschrift *Rechtsruck: Rassismus im neuen Deutschland*.

Die Debatte, wie sie aktuell geführt wird, verschleiert oft rechte und rechtsextreme Kontinuitäten. Ehemalige NSDAP-Mitglieder begleiteten noch Jahrzehnte nach Ende des Nationalsozialismus einflussreiche Ämter, darunter Hans Filbinger und Franz-Josef Röder. Beide fungierten für die CDU viele Jahre als Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg beziehungsweise im Saarland (vgl. Steinke 2023: 163). In Vergessenheit gerät zudem immer wieder, dass rechtsextreme Parteien schon

vor der Jahrtausendwende beachtliche Wahlerfolge erzielen konnten. So war die NPD Ende der 1960er-Jahre zeitweise in sieben Landesparlamenten vertreten und verpasste den Einzug in den Bundestag nur knapp (vgl. Pfahl-Traughber 1993: 90). Auch Parteien wie *Die Republikaner* oder *Deutsche Volksunion* gelang es in Westdeutschland mehrmals, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen, was auf ein dort bereits bestehendes rechtsextremes Potenzial schließen lässt (vgl. [Stöss 2006](#)).

Ergibt sich daraus, dass die derzeitige politische Lage weniger beunruhigend ist, als man meinen könnte? Mitnichten. Autoritäre Raumnahme lässt sich nicht nur im privaten Umfeld, etwa in Schulen und Vereinen, sondern auch auf institutioneller Ebene beobachten. So sichtbar wie heute waren rechtsextreme Einstellungen schon lange nicht mehr, das liegt allen voran an der AfD, einer in weiten Teilen rechtsextremen Partei, die aktuell in 14 der 16 Landesparlamenten vertreten ist und gute Aussichten darauf hat, im kommenden Jahr mehrere Wahlsiege zu erzielen. Dabei profitiert sie von einem gut funktionierenden politischen Vorfeld, das in vielen Fällen den inhaltlichen und strategischen

Ton angibt. In der Auseinandersetzung mit der Partei kommt dieser Aspekt häufig zu kurz. Das Ziel des Vorfelds besteht vor allem darin, die Meinungsbildung im öffentlichen Raum zu beeinflussen, Diskurse zu besetzen und die Grenzen des Akzeptablen zu verschieben, um rechte Positionen in der Öffentlichkeit zu normalisieren. Diese Normalisierung schlägt sich aktuell in Wahlerfolgen und Umfragen nieder.

Es ist nachvollziehbar, wenn Menschen diese Dynamik mit alarmierenden Worten wie „Rechtsruck“ greifbar machen möchten. Dies mag zwar kurzfristig Aufmerksamkeit erregen, trägt aber nicht zu einem besseren Verständnis und produktiven Umgang mit der ernststen Lage bei. Um eine effektive Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen zu gewährleisten, ist es notwendig, sich kritisch mit den Inhalten und Strategien rechtsextremer Akteur:innen sowie den gesellschaftlichen Bedingungen für die aktuelle Entwicklung auseinanderzusetzen.



Oranienburg, 7. September 2023, „Zukunft für Deutschland!“

# LITERATURVERZEICHNIS

Beer, Maximilian/Hollersen, Wiebke (2023): „Es hat eher wenig mit der DDR zu tun“: Forscher über Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Berliner Zeitung, online: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/die-these-vom-rechtsruck-ist-unsinn-forscher-ueber-ostdeutschland-extremismus-und-afd-li.366563> (zul. 30.10.2023).

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (Hg.) (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen: Psychosozial-Verlag, online: [https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten\\_0.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf) (zul. 30.10.2023).

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2023): Policy Paper – Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Else-Frenkel-Brunswik-Institut, online: [https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023\\_2\\_Policy%20Paper.pdf](https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf) (zul. 30.10.2023).

Deutscher Bundestag (2023): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 20/7742, online: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/079/2007902.pdf> (zul. 30.10.2023).

Fischer, Ralf (2023): Sachsen mobilisiert. Jungle World, online: <https://jungle.world/artikel/2023/46/sachsen-mobilisiert> (zul. 21.11.2023).

JFDA (2023): „Grün-Rote-Mischpoke!“: Kundgebung der AfD Gera am 17. Juni 2023 mit wenig Zulauf. YouTube, online: [https://www.youtube.com/watch?v=3vLj\\_tEe-NIo&list=PLuX2rENdnodj4GbjEs-cVVZ9EsvmcYEys&index=5](https://www.youtube.com/watch?v=3vLj_tEe-NIo&list=PLuX2rENdnodj4GbjEs-cVVZ9EsvmcYEys&index=5) (zul. 30.10.2023).

Löwenthal, Leo (2021 [1949]): Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Marz, Ulrike (2020): Kritik des Rassismus. Eine Einführung. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Mediendienst Integration (2023): Angriffe gegen Geflüchtete, online: <https://mediendienst-integration.de/desintegration/rassismus.html#c1333> (zul. 15.11.2023).

Opferperspektive (2023): Statement zum Weggang der Lehrer:innen Laura Nickel und Max Teske aus Burg/Spreewald. Opferperspektive, online: [https://www.opferperspektive.de/aktuelles/statement\\_burg\\_spreewald](https://www.opferperspektive.de/aktuelles/statement_burg_spreewald) (zul. 30.10.2023).

Pfahl-Traugber, Armin (1993): Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bonn: Bouvier Verlag.

Rafael, Simone (2014): Rechtsextreme Bürgerinitiativen. Belltower, online: <https://www.belltower.news/strategie-rechtsextreme-buergerinitiativen-36908/> (zul. 30.10.2023).

rbb (2023): Polizei bezeichnet Sprachnachricht zu hunderten Migranten auf AI5 als Fake-News. rbb, online: <https://www.rbb24.de/studiocottbus/panorama/2023/09/brandenburg-cottbus-forst-fluechtlinge-whats-app-sprachnachricht-fake-polizei.html> (zul. 30.10.2023).

Steinke, Ronen (2023): Verfassungsschutz. Wie der Geheimdienst Politik macht. Berlin: Berlin Verlag.

Stöss, Richard (2006): Geschichte des Rechtsextremismus von 1945 bis 2005. BPB, online: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/41907/geschichte-des-rechtsextremismus-von-1945-bis-2005/> (zul. 30.10.2023).

Tagesschau (2023): Mehr Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Tagesschau, online: <https://www.tagesschau.de/inland/anschlaege-fluechtlingsunterkuenfte-anstieg-101.html> (zul. 30.10.2023).

VBRG (2023): Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2022 – Jahresbilanzen der Opferberatungsstellen. VBRG, online: <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2022-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/> (zul. 30.10.2023).

ZDF (2023): Bilanz zu erstem Halbjahr 2023. Ministerium: Rechtsextreme Demos verdreifacht. ZDF, online: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/rechtsextremismus-demonstrationen-zahl-anstieg-neonazis-100.html> (zul. 30.10.2023).

Zick, Andreas/Küppers, Beate/Mokros, Niko (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz, online: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabda3e0fd> (zul. 30.10.2023).





Jüdisches Forum für Demokratie  
und gegen Antisemitismus e.V.

## Jüdisches Recherche-, Feldbeobachtungs-, Informations- und Bildungszentrum

Das Jüdische Recherche-, Feldbeobachtungs-, Informations- und Bildungszentrum führt kontinuierlich Feldbeobachtungen und (Online-) Monitoring aktueller antisemitischer Vorfälle, Ereignisse und Tendenzen durch und betreibt wissenschaftlich fundierte Recherche. Die Feldbeobachtung verfolgt das Ziel, Dokumentations- und Anschauungsmaterialien zu gewinnen. Durch Videobeiträge und ausführliche Analysen soll eine breite Öffentlichkeit und staatliche Akteur:innen für verschiedene Formen des Antisemitismus und demokratiefeindliche Entwicklungen sensibilisiert werden.

Das Projekt bietet Workshops und Vorträge zum Phänomenbereich Antisemitismus und zu Protestdynamiken für Jugendliche, Multiplikator:innen und Expert:innen an.